

Lale Akgün

Wie können wir das schaffen?

Der Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft

In diesen Tagen ist es schwer und leicht zugleich, Gedanken zum Thema Integration in Worte zu fassen: Schwer, weil sich der Fokus durch das Tagesgeschäft permanent ändert und die Forderungen immer aktionistischer werden (ob die Forderungen auch zu Lösungen führen, steht auf einem anderen Blatt), und leicht, weil die Maßstäbe und Richtlinien für eine ordentliche Einwanderungs- und Integrationspolitik langfristigen Planungen unterliegen.

Hat sich – etwa im Laufe eines Jahres – gar nichts geändert? Doch! Die Prognose der Fachleute, dass mehr Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen, hat sich qualitativ und quantitativ in einem stärkeren Maße realisiert als angenommen. Angela Merks Entscheidung, am 5. September 2015, die Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen und dies mit dem Satz »Wir schaffen das« zu bekräftigen, hat nicht nur die Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland verstärkt. Der Satz »Wir schaffen das« ist eine Aufmunterung an die Gesellschaft, ihre Entscheidung mitzutragen.

Tatsächlich hat ein Teil der deutschen Öffentlichkeit bei der Erstversorgung der Flüchtlinge sehr viel Engagement an den Tag gelegt, das Wort »Willkommenskultur« ist quasi die zustimmende Antwort auf die Aufforderung »Wir schaffen das«.

Allerdings kann auch nicht übersehen werden, dass ein anderer Teil der Gesellschaft sehr viel skeptischer war und ist. Während das linksliberale Milieu den Zuzug der Flüchtlinge als eine politische Verantwortung interpretiert, zeigt sich in der sich als absteigsbedroht empfindenden Mittelschicht und im kleinbürgerlichen Milieu Besorgnis, ob wir das denn wirklich schaffen können.

Besorgt ist man dabei vor allem, weil man befürchtet, die Integration könnte misslingen. Zu Merks These von »Wir schaffen das« entwickelte sich im Laufe des Herbstes und des Winters immer lauter die Anti-These: »Wir schaffen das nicht« – wir können das nicht schaffen. Angefeuert wurde die Diskussion auch durch die politische Debatte, wobei vor allem die Parteien und Gruppierungen am rechten Rand die Deutungshoheit über die möglichen Probleme der Einwanderung und Integration für sich beanspruchten.

Festzuhalten ist: Die Polarisierung zu der Frage der Flüchtlingseinwanderung ist in keinem Land so ausgeprägt wie in Deutschland. Kaum irgendwo sonst werden Flüchtlinge mit Gesängen und Geschenken empfangen, andererseits müssen aber in keinem anderen demokratischen Land Flüchtlinge so sehr um ihr Leben fürchten wie in Deutschland. Fast täglich wurde und wird hier ein Flüchtlingsheim angegriffen.

Hinzu kommt: Die Themen »Flüchtlinge, Einwanderung und Integration« sind ideologisch besetzt. Es geht daher nicht in erster Linie um einen pragmatischen Umgang mit dem Machbaren, sondern um eine politische Standortbestimmung. Überspitzt formuliert: Es geht uns in Deutschland weniger um die Flüchtlinge als vielmehr um unser politisches Selbstverständnis im Umgang mit ihnen. Eine Umgangsweise, die bereits seit 70 Jahren praktiziert wird und von der die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der 60er Jahre und ihre Nachkommen ein Liedchen singen können. Obwohl immer wieder davor gewarnt wird, die Fehler der 60er Jahre zu wiederholen – ich fürchte, Deutschland ist gerade dabei, wieder in alte Muster zu verfallen. Dabei könnte die jetzige Einwanderungswelle die Chance sein, mit den althergebrachten

Konzepten und Mustern aufzuräumen und den Weg zu ebnen in eine moderne Einwanderungsgesellschaft.

Denn Deutschland ist nun einmal eine Einwanderungsgesellschaft geworden. Keine klassische wie die USA oder Australien, aber de facto doch. Kaum ein anderes Land nimmt aktuell so viele Menschen auf wie Deutschland, und die meisten kommen, um hier zu bleiben.

Es ist also eine andere Situation als vor 50 Jahren, als Konsens darüber herrschte, dass die Gastarbeiter nur auf Zeit in Deutschland bleiben würden und sowohl die Betroffenen selbst als auch die Politik dementsprechend geplant und gehandelt haben. Integration ja, aber nur soweit, dass die »Lebensabschnittspartnerschaft« zwischen Mehrheit und Minderheiten ungestört ablaufen konnte.

Die Mehrheitsgesellschaft der Deutschen behielt ihr Selbstverständnis als »geschlossene« Gesellschaft auch dann, als klar wurde, dass die Zugewanderten auf Dauer bleiben würden. Sie entwickelte sich zu einer »Integrationsgesellschaft«. Diese definiert die Zugewanderten immer noch als »die anderen«, versucht aber durch die Integration der verschiedenen Gruppen das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten möglichst konfliktfrei zu gestalten, unter Hinnahme der Tatsache, dass es darin unterschiedliche Gruppen gibt – beispielsweise solche, die nur teilweise integriert sind. So kann man eine Integrationsgesellschaft auch über Differenzen definieren, in der Gruppen als bereichernd oder belastend bewertet werden können.

Einwanderungsgesellschaften funktionieren anders, sie müssen zusammenwachsen, sie brauchen ein gemeinsames Wertesystem und eine starke Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger damit. Etwas, das alle zusammenhält. In den USA sind dies beispielsweise das Wertesystem der amerikanischen Verfassung und der Glaube daran, dass die USA jedem Bürger und jeder Bürgerin eine Chance bietet. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Staat dieses Versprechen für alle einlösen kann oder nicht. Wichtig ist, dass ein gemeinsamer Überbau da ist. »Der amerikanische Traum« – ein Leben in Freiheit und die Chance auf Selbstverwirklichung – ist die gemeinsame Legende, die die Gesellschaft bei allen Differenzen zusammenhält und mit der sich die Amerikaner identifizieren können.

*Gemeinsames
Wertesystem und
starke Identifikation*

An ähnlichen Kriterien muss das zukünftige Einwanderungsland Deutschland ansetzen. Das Grundgesetz als in Gesetzesform gegossene Menschenrechte ist ein wichtiges Dach, unter dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wiederfinden können. Diese Möglichkeit ist in den vergangenen Jahren immer wieder als »Verfassungspatriotismus« thematisiert worden. Weniger bis gar keine Rolle spielt dagegen die verbindende Kraft einer gemeinsamen Vision.

Deutschland hat bis vor wenigen Jahren den Schwerpunkt der Integration auf den Dreiklang: Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt gelegt. Das liegt vor allem an der historischen Entwicklung: an dem Zusammenhang von Einwanderung und Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt gilt als die Integrationsmaschine per se. Tatsächlich ist Deutschland in dieser Frage auch sehr erfolgreich. Bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt liegt Deutschland laut MIPEX – dem »Migrant Integration Policy Index« des Brüsseler Thinktanks »Migration Policy Group« – weltweit auf Platz vier, gleichauf mit Kanada. Konkret bedeutet das: 78 % der Einwanderer in Deutschland haben Arbeit.

Das ist sehr erfreulich. An dem Strang Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt sollte weiterhin festgehalten werden, aber für eine Einwanderungsgesellschaft ist dieser Teilbereich nicht ausreichend.

Das ist allerdings symptomatisch für das Integrationsverständnis in Deutschland. Immer noch werden Sprach- und Integrationskurse mit verschiedenen Projekten als Lösung des Problems und die soziale Integration als Integration per se verstanden. Das zeigt, dass es hier noch am »Geist« der Einwanderungsgesellschaft fehlt.

Die oben genannten Maßnahmen sind nur Instrumente der Integration. Sie sind notwendig, reichen aber nicht. Eine Einwanderungsgesellschaft braucht gemeinsame

*Differenzpolitik
contra gemeinsame
Visionen?*

Werte und ein gemeinsames Wir, das eben auch von einer gemeinsamen Vision begleitet wird. Nichts wäre im Moment kontraproduktiver als wieder in die Integrationsfalle zu tappen, indem wir die »technische Seite« der Integration mit Bravour erledigen, ansonsten aber über die Differenzpolitik Menschen über Jahrzehnte in ihren sogenannten kulturellen Nischen lassen, indem wir ihnen nichts anbieten, womit sie sich mit dieser Gesellschaft identifizieren können.

Zuerst sollte man die verstaubte Vorstellung begraben, dass Menschen aus »anderen« Kulturen kommen, und damit aufhören, ihre Lebensauffassung und ihr Verhalten aus ihrer kulturellen Herkunft zu erklären und ihnen eine kulturelle Nische in unserer Gesellschaft anzubieten. Kultur und kulturelle Differenzen mögen bereichernd oder interessant sein, aber eine Einwanderungsgesellschaft kann sie nicht zur Grundlage ihrer Integrationspolitik erklären. Und der Alltag ist kein Oberseminar in Kulturgeschichte. Kulturelle Erklärungen, die sich aus dem Herder'schen Kulturbegriff ableiten, sind für die Integrationspolitik nicht hilfreich.

Es kann nur eine universale, allgemeine Ethik geben, die für alle Menschen gilt. Das entspricht auch dem Ansatz der Menschenrechte, die ebenfalls nicht teilbar sind. Mit dieser Erkenntnis hat auch der Kulturrelativismus ausgedient, der jahrzehntlang die Debatte in Deutschland beherrscht hat. Wer heute von Rassismus spricht, sollte sich vergegenwärtigen, dass der Kulturrelativismus die Eingewanderten zu Gefangenen eines falsch verstandenen, paternalistischen Verständnisses gemacht und sie jahrzehntlang in »ihrer Kultur« eingemauert hat. Ob »der Türke um die Ecke« oder der »Lieblingsitaliener« – sie alle sorgten für Multikulti-Stimmung, zu Bürgern wurden sie nicht.

Kulturrelativismus mag angebracht sein, wenn man die Einwanderer auch nach Jahrzehnten noch als Gäste betrachten will, deren »Kultur« man respektieren muss. Dahinter steckt wohl mehr Folklore als Kultur, mehr Hilflosigkeit als böser Wille. Eine Gesellschaft, die noch in dem »kulturellen WIR« verharret, und versucht, mit dem »kulturellen ANDEREN« in Kommunikation zu treten.

Die Theorie des Philosophen Wolfgang Ivers zum Konzept der Multikulturalität besagt: »Es greift die Probleme des Zusammenlebens verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft auf (...). Es geht von der Existenz klar unterschiedener, in sich homogener Kulturen aus, nur jetzt innerhalb ein und derselben staatlichen Gemeinschaft. Das Multikulturalitätskonzept sucht dann nach Chancen der Toleranz, Verständigung, Akzeptanz und Konfliktvermeidung oder Konflikttherapie. Das ist ebenso löblich wie die Bemühungen um Interkulturalität, aber ebenso ineffizient, denn vom alten Kulturverständnis aus lässt sich allenfalls ein Stillhalten auf Zeit erreichen, nicht aber eine wirkliche Verständigung zwischen den kulturell heterogenen Gruppen oder eine Überschreitung der separierenden Schranken konzipieren.«

Eine Einwanderungsgesellschaft muss somit die Definition des Erziehungswissenschaftlers Georg Auernheimer von Kultur als »Aushandlungs-, Diskurs- und Darstellungsprozess« übernehmen, wenn aus Minderheiten und Mehrheit erfolgreich ein gemeinsames Ganzes entstehen soll. »Wenn wir Kultur als Orientierungssystem ver-

stehen, so ergibt sich daraus die Konsequenz, dass Kultur sich mit der Änderung von Lebensverhältnissen verändern muss, um weiter zur Orientierung tauglich zu sein. Um Veränderungsprozesse aber verstehen zu können, müssen wir totalisierende Kulturbegriffe aufgeben.« Somit wird der Weg frei zur Gestaltung einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Vision.

Die wirkliche Herausforderung der nächsten Jahre liegt in der Transformation Deutschlands von einer Integrationsgesellschaft zu einer Einwanderungsgesellschaft.

Das heißt, dass Deutschland ethnisch/kulturelle Zuschreibungen seiner Bürgerinnen und Bürger hinter sich lässt und allen Menschen auf seinem Territorium die Chance eröffnet, in der Gesellschaft als Bürger – als Citoyen – anzukommen. Das muss von denen, die hier seit Generationen heimisch sind, genauso angenommen werden wie von denen, die vor längerer Zeit eingewandert sind – und auch von den Neuankömmlingen.

Damit dies die Einwanderungspolitik nicht spaltet, sondern zusammenführt, brauchen wir eine Wertedebatte. Wir müssen über unsere gemeinsamen Werte diskutieren, aber auch über unsere gemeinsame Kultur, gemeinsame Ziele und Visionen.

Deutschland, das Land der Dichter und Denker, muss weltoffen und neugierig auf die Zukunft schauen. Es sollte sich seiner Stärken bewusst werden als »das Land der europäischen Werte und der globalen Möglichkeiten«, ein Land, das seine Stärke aus dem Gestaltungswillen seiner Bürgerinnen und Bürger bezieht. »This is a good country and it is my country«, sagte mir mal ein Einwanderer aus Mali in New York.

»Deutschland ist ein gutes Land und es ist unser Land« – vielleicht wäre das ja die Definition eines »deutschen« Traums.



Lale Akgün

war bis 2009 SPD-MdB und leitet seit 2013 das Projekt *newtrade* für nachhaltige Beschaffung in der NRW-Staatskanzlei. Zuletzt erschien im Aufbau-Verlag: *Kebabweihnacht* (2012).

lale_akguen@hotmail.com

Martin Kronauer

Die soziale Mischung macht's

Was die Wohnsituation für eine gelungene Integration (nicht) leisten kann

Viele Kommunen sind derzeit mit der großen Aufgabe konfrontiert, Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen und einen erheblichen Teil von ihnen langfristig in die Gesellschaft aufzunehmen. Dies ist nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte. In den fünf Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs suchten den Angaben des Historikers Ulrich Herbert zufolge 8,3 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone Zuflucht in den von den Westalliierten besetzten Zonen. Wohnraum war noch immer knapp, die Arbeitslosigkeit nahm zu, besonders die Neuankömmlinge waren davon betroffen. Und obgleich sie Deutsche waren, trafen sie auf erhebliche Ressentiments, nicht etwa auf eine »Willkommenskultur«. Im Nachhinein erwies sich ihre Integration als eine Erfolgsgeschichte,